

Vorlage an den Landrat

Bericht zum Postulat [2020/658](#) «Gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote»

2020/658

vom 16. Dezember 2025

1. Text des Postulats

Am 3. Dezember 2020 reichte Jan Kirchmayr das Postulat [2020/658](#) «Gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote» ein, welches vom Landrat am 4. November 2021 mit folgendem Wortlaut überwiesen wurde:

Das Angebot an Fortbewegungsarten und Verkehrsangeboten wird in unserem Kanton und in verschiedenen Gemeinden immer vielfältiger. Diese Entwicklung ermöglicht der Bevölkerung, die einzelnen Angebote gezielt und auf nützliche Weise in Anspruch zu nehmen. Dadurch entsteht nur so viel Verkehr wie nötig und die Umweltbelastung sinkt. Das Bündel an Verkehrsangeboten bietet mittlerweile für viele Haushalte und vermehrt auch Unternehmen eine echte Alternative zum eigenen Auto. Konkret gibt es bereits folgende Angebote:

- | | |
|---------------------------------------|---|
| - Klassischer öffentlicher Verkehr | TNW Billette und verschiedene Abos; Swisspass |
| - Mobility, mobility-go (catch a car) | Mitgliedschaft, Tarif nach Zeit/Distanz |
| - Mobility for business | Mitgliedschaft, Tarif nach Zeit/Distanz |
| - carvelo2go | Tarif nach Zeit |
| - Pick-e-bike | Tarif nach Zeit |
| - Diverse Anbieter Mikromobilität | Starttarif und Tarif nach Zeit |
| - Taxi | Tarif nach Zeit/Distanz |

Eine gemeinsame Schnittstelle ergibt aus den folgenden Gründen Sinn:

1. *Einfachheit und Zugänglichkeit: Beim eigenen Auto ist der Autoschlüssel Zugang für alle Nutzungen, bei den Alternativen ist je nach Angebot ein anderer Zugang nötig. Pro Zugang muss jeweils ein personalisiertes Nutzungskonto (Überprüfung Alter, Führerschein etc.) erstellt werden.*
2. *Die verschiedenen umweltfreundlichen Angebote ergänzen sich und machen im Verbund Sinn. Trotzdem müssen heute diese Angebote separat gebucht und bezahlt werden.*
3. *In der Vergangenheit kam es vor, dass sich Anbieter kurzfristig zurückzogen und Guthaben verfallen sind. Durch Entkoppelung von Anbieter und Schnittstelle kann das vermieden werden.*

Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote gelten gemeinhin als umweltfreundlich, wenn sie flächeneffizient, klimaschonend, emissionsarm und ressourcenschonend sind. Zudem sollten sie die Sozialstandards einhalten. National sind Bestrebungen einer gemeinsamen Schnittstelle für solche

Verkehrsangebote im Zusammenhang mit dem Swisspass sowie ein Pilotprojekt von SBB in Gange, jedoch liegt der Fokus nicht auf lokalen Angeboten. Eine gemeinsame Schnittstelle ist sowohl analog, z. Bsp. Über eine Chip-Karte, wie auch digital anzustreben. Aktuell laufen Bemühungen, den Datenschutz zu verbessern sowie die Datenverwendung transparent zu gestalten. Mit MDS (Mobility Data Specification) – eine technische Vorschrift zum elektronischen Austausch zwischen Bike/Scootersharing-Anbietern und Gemeinden – existiert bereits eine Schnittstelle, die hierfür genutzt werden könnte. Sie würden ein Chaos mit Fahrrad- oder Rollerverleihdiensten in unserer Region vermeiden.

Ich bitte den Regierungsrat zu prüfen und berichten,

- *ob sich der Regierungsrat auf nationaler Ebene, im TNW sowie bei den verschiedenen Verkehrsanbietern für eine gemeinsame Schnittstelle einsetzen kann.*
- *ob es möglich ist die lokalen Angebote in der Nordwestschweiz in die angedachte «nationale» Schnittstelle einzuspeisen.*
- *wie dabei die Nutzenden über ihre Datenverwendung mitbestimmen können und die Daten im öffentlichen Interesse, zum Beispiel Optimierung des Angebots und kennzahlenbasier tes Monitoring der Nutzung, verwendet werden können.*
- *wie die Tarifierung in Richtung «Mobilität als Service» weiterentwickelt und die Bezuschus sung durch die öffentliche Hand angepasst werden kann, so dass intermodale Wegeketten und ein multimodaler Mobilitätstil attraktiver werden.*

In Kanton Basel-Stadt wurde ein gleichlautender Vorstoss eingereicht.

2. Stellungnahme des Regierungsrats

2.1. Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich unterstützt der Regierungsrat das im Postulat formulierte Bestreben, umweltfreundliche Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote zugänglicher zu machen, miteinander zu verknüpfen und so die Hürden zu senken für deren Nutzung.

Der Fokus des Regierungsrates liegt hierbei auf der Unterstützung von nationalen oder zumindest überregionalen Vorhaben, die in die gewünschte Richtung zielen. Dies, da eine räumlich zu eng gefasste Betrachtung der im Postulat aufgeworfenen Fragen nur beschränkt Nutzen generiert.

Ausserdem ist insbesondere der öffentliche Verkehr, welcher trotz der immer stärkeren Verknüpfung von verschiedenen Transportsystemen nach wie vor als Rückgrat der Mobilitätsweltigung dient, ein weiträumig stark verknüpftes System, für welches auch weiträumig einheitliche Lösungen angestrebt werden sollten.

Im Postulat aufgeworfene Fragestellungen werden zurzeit auf nationaler oder überregionaler Stufe mittels diverser Vorhaben adressiert. Diesbezüglich genannt werden können zum Beispiel:

- **MODI** (BAV): Der Bundesrat will eine nationale Mobilitätsdateninfrastruktur (MODI) aufbauen. Die MODI soll den Austausch von Mobilitätsdaten verkehrsträger- und staatsebenenübergreifend vereinfachen. Sie dient den Akteuren dazu, sich zu vernetzen sowie standardisiert Mobilitätsdaten und digitale Dienste bereitzustellen, zu verknüpfen und zu beziehen.
- **myRIDE** (alliance Swisspass): myRIDE hat zum Ziel, das Tarifsystem des öffentlichen Verkehrs für die Kundinnen und Kunden zu vereinfachen und damit Einstiegshürden, insbesondere für die Verkehrsmittelwahl "öV", zu senken. Künftige Tarife sollen zukunftsfähig sein (auch bezüglich Integration von weiteren Mobilitätsformen) und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Der Lösungsansatz besteht in einem integrierten, schweizweiten E-Tarif mit einer nutzungsbasierten Preisbildung auf Grundlage einer digitalen Reiseerfassung (post-pricing).
- **Basel Go! (BLT/TNW)**: Neben umfassenden Informationen zum öffentlichen Verkehr in Basel sowie in der gesamten Nordwestschweiz zeigt die App immer die schnellste Verbindung zum Ziel – sei es mit Tram, Bus, Bahn oder E-Bike und erlaubt so eine multimodale

Reiseplanung. Integriert sind auch Mikromobilitäts-Anbieter wie das Pick-e-Bike-System oder PubliBike, VeloSpot. Für in Basel Go! geplante Verbindungen können direkt in der App TNW Tickets gekauft werden.

Der Regierungsrat verfolgt diese Vorhaben mit Interesse und bringt sich in verschiedenen Gremien wie der Konferenz der kantonalen öV-Direktoren, der Konferenz der kantonalen öV-Delegierten, nationalen öV-Verbänden oder im TNW Vorstand ein.

2.2. Stellungnahmen zu den zu prüfenden Punkten

- **...ob sich der Regierungsrat auf nationaler Ebene, im TNW sowie bei den verschiedenen Verkehrsanbietern für eine gemeinsame Schnittstelle einsetzen kann.**

Der Regierungsrat setzt sich bereits heute, vor allem auf nationaler Ebene und im TNW, für die Anliegen des Postulates ein.

- **...ob es möglich ist, die lokalen Angebote in der Nordwestschweiz in die angedachte «nationale» Schnittstelle einzuspeisen.**

Im TNW und bei den hiesigen Transportunternehmen setzt sich der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenzen dafür ein, dass deren Vorhaben kompatibel sind mit den Vorhaben auf der nationalen Ebene und den nationalen Harmonisierungsbestrebungen.

Ausserdem setzt er voraus, dass neue lokale Angebote, insbesondere solche, die vom Kanton bestellt werden (wie z.B. das On-Demand-Angebot «[pick-e-ride](#)» im Waldenburgertal) tarif-integriert und auch in den einschlägigen Apps auffindbar sind.

- **...wie dabei die Nutzenden über ihre Datenverwendung mitbestimmen können und die Daten im öffentlichen Interesse, zum Beispiel Optimierung des Angebots und kennzahlenbasiertes Monitoring der Nutzung, verwendet werden können.**

Der Regierungsrat setzt sich im Rahmen seines Engagements in den erwähnten Vorhaben und Gremien dafür ein, dass Chancen der Digitalisierung genutzt werden können. Eine davon ist die Optimierung des Angebots auf Basis von digitaler Reiseerfassung, und, damit ebenfalls einhergehend, dass Wegfallen von kostenaufwändigen Fahrgastbefragungen.

Gleichzeitig vertritt der Regierungsrat die Haltung, dass es Nutzenden weiterhin freigestellt bleiben muss, ob sie ihre Daten, beispielsweise für vorgenannten Zweck, zur Verfügung stellen wollen. Mit anderen Worten: Es soll auch weiterhin möglich sein, den ÖV anonym und ohne das Hinterlassen einer digitalen Spur zu nutzen. Sogenannten «Non-Digitals» muss es weiterhin ohne spezielle Eingangshürden möglich sein, dass Mobilitätsangebot zu nutzen. Bei Angeboten wie Pick-e-Bike etc. kann hingegen nicht darauf verzichtet werden, den Nutzer zu identifizieren (Alter, Fahrberechtigung, Haftung etc.).

- **...wie die Tarifierung in Richtung «Mobilität als Service» weiterentwickelt und die Bezahlung durch die öffentliche Hand angepasst werden kann, so dass intermodale Wegeketten und ein multimodaler Mobilitätstil attraktiver werden.**

Nicht zuletzt wegen myRIDE zeichnet sich zurzeit deutlich ein starker Wandel der nationalen Tariflandschaft ab. Ein wichtiger Teil dieses Wandels besteht darin, dass verschiedenste Mobilitätsformen künftig auch tariflich besser miteinander verknüpft werden sollen. Es ist aber heute noch nicht abschliessend beurteilbar, wie sich die «Tariflandschaft der nächsten Generation» präsentieren wird.

Der Regierungsrat unterstützt in diesem Zusammenhang momentan das Multistakeholder-Projekt U-Two (geleitet von der FHNW, unterstützt vom Mobilitätsfonds Basel) durch Delegation von Fachpersonen in die Gremien des Projektes. «U-Two» testet verschiedene Arten der Tarifintegration von geteilten Zweirädern in Feldversuchen. Parallel dazu werden schrittweise – ja nach Ergebnis der Feldversuche - planerische Grundlagen erarbeitet, die als Basis für eine Umsetzung der Tarifintegration im Rahmen der ÖV-Bestellung 2029-2031 dienen.

3. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, das Positivat [2020/658](#) «Gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote» abzuschreiben.

Liestal, 16. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

Der Präsident:

Dr. Anton Lauber

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich